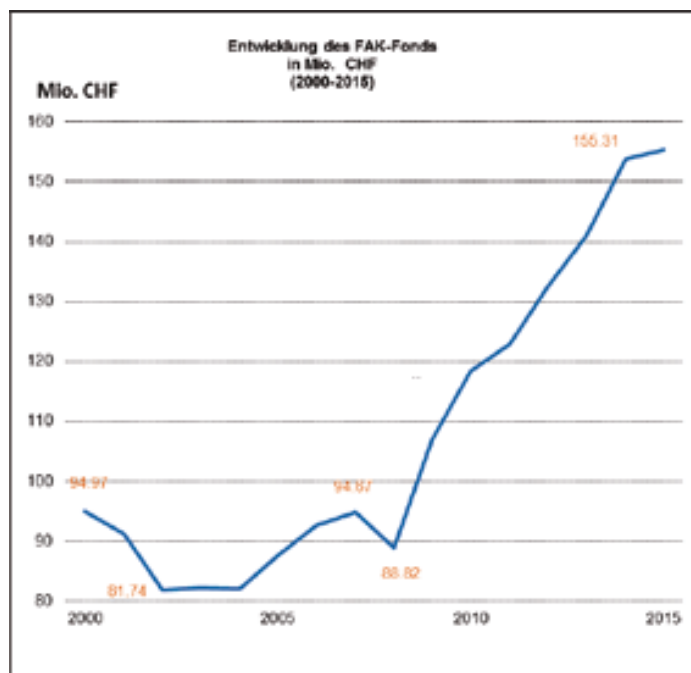


ANTWORTEN: Die Reserven des FAK-Vermögens!

Hier unten
wäre das
gesetzliche
Minimum von
52 Millionen!



Initiativkomitee «Familie und Beruf» Schwangerschaft darf nicht länger eine Krankheit sein

Ziel und Grundgedanke der Initiative:
Schwangerschaft wird nicht länger als Krankheit angesehen. Der Wiedereinstieg in die Berufswelt wird durch die finanzielle Unterstützung seitens der Wirtschaft erleichtert.
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gefördert und attraktiver.

Inhalt. Editorial.

Familie und Beruf.

Initiativkomitee «Familie und Beruf»
Schwangerschaft darf nicht länger eine
Krankheit sein **5**

Lehrabschlussfeier 2016.

Erfolgreiche Berufsabsolventinnen und
Berufsabsolventen **7**

Wirtschaft.

Gewerbetreibende im Austausch mit
EU-Botschafter **9**

Veranstaltungen.

Bürgergespräche an der LIHGA 2016 **11**

Energienetzwerk.

Meilensteine zu mehr Energieeffizienz
in der Industrie **13**

Marktperspektiven.

Themen und Trends **15**

Serie.

Bei uns finden Sie Ihren Mitarbeiter **16**

Recht, Gesetz.

Gewährleistung bei Pauschalreisen **19**

Ministerium.

Vorratsdatenspeicherung:
Datensicherheit wird verstärkt **20**

Bildung.

Lernendensuche 2017 – 100pro! startet **23**

Zehn Verbundlernende starten in ihre Lehre **25**

Kurse.

Aktuelle Weiterbildungen kurse.li **27**

Rätsel.

15 Minuten unternehmer. Pause **29**

Info.

Gwerbler
Willkommen bei der LIHGA **31**

Eine Grundlage schaffen

Stimmt für unsere Initiative «Familie und Beruf»

Wer etwas macht in unserem Land, muss damit rechnen, gleich kritisiert zu werden. Gegenüber konkreten Vorschlägen, eine schon längst fällige Sachlage zu verändern, bringen sich sofort die Gegner in Stellung, die schon Schwachstellen erkannt haben. Die von der Wirtschaftskammer eingereichte Initiative «Familie und Beruf», die bald zur Volksabstimmung ansteht, gehört zu diesen Vorlagen. «Die Unabhängigen» tun sich damit hervor, für die Abstimmungsunterlagen die Gegenposition zu beziehen. Ansonsten sind es in der Regel linke und ökologisch-ideologische Kreise, die alles, was aus der Wirtschaft kommt, zuerst einmal ablehnen. Gut möglich, dass die «DU» für den Wahlkampf etwas zum Thema «Familie und Beruf» im Köcher hatte, das sich nun nicht mehr verwerten lässt. Jedenfalls scheint der Vorstoss des Gewerbes den «Unabhängigen» nicht zu gefallen. Die Wirtschaftskammer schliesst nicht aus, dass es im weiten Bereich der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weitere Verbesserungen geben wird.

Im Unterschied zu den «Unabhängigen» kamen aus der Regierung positive Stimmen zur Initiative der Wirtschaftskammer. Und auch Erbprinz Alois widmete den grössten Teil seiner Ansprache zum Staatsfeiertag dem Thema der Initiative und bezeichnete es als erfreulich, dass sich die Wirtschaft mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschäftige sowie Eigenverantwortung und Eigeninitiative zeige. Wir sind gleicher Meinung wie der Erbprinz, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, werde zu einem der entscheidenden Erfolgsfaktoren unserer Gesellschaft. Ebenso stimmen wir seiner Meinung zu, dass es sinnvoll sei, über einen besseren Einsatz der Gelder der Familienausgleichskasse nachzudenken: Genau diese Richtung verfolgt die Initiative der Wirtschaftskammer.



Ich ersuche alle Gewerbetreibenden, der Initiative zuzustimmen. Man sollte sich nicht irritieren lassen von den «Unabhängigen», die hier und dort etwas Negatives finden. Die Ausrichtung der Initiative ist ein Anfang, auf den weitere Schritte folgen können. Wenn Regierung und Landtag finden, dass weitere Massnahmen für «Familie und Beruf» sinnvoll sind, steht dem nichts entgegen. Mit unserer Initiative wird dafür eine wichtige Grundlage geschaffen.

Noldi Matt, Präsident der Wirtschaftskammer Liechtenstein

Impressum

Unternehmer. Das Liechtensteiner Wirtschaftsmagazin,
10. Jahrgang, Nr. 97, September 2016, Auflage 4'800

Herausgeber Wirtschaftskammer Liechtenstein, 9494 Schaan,
Telefon +423 237 77 88, Fax +423 237 77 89

info@wirtschaftskammer.li, www.wirtschaftskammer.li

Redaktion Isabell Schädler, Geschäftsführer-Stellvertreterin

Satz, Layout und Druck BVD Druck+Verlag AG, 9494 Schaan

Grafisches Konzept Atelier Silvia Ruppen, 9490 Vaduz

Anzeigen fokusmedien, creativeservice ag, Im alten Riet 153,
9494 Schaan, kunde@fokusmedien.li, Telefon +423 375 23 23

Titelbild Wirtschaftskammer Liechtenstein

Bildnachweis Wirtschaftskammer Liechtenstein



Initiativkomitee «Familie und Beruf» Schwangerschaft darf nicht länger eine Krankheit sein

Ziel und Grundgedanke der Initiative: Schwangerschaft wird nicht länger als Krankheit angesehen. Der Wiedereinstieg in die Berufswelt wird durch die finanzielle Unterstützung seitens der Wirtschaft erleichtert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gefördert und attraktiver.

Die Wirtschaftskammer lancierte die Initiative «Familie und Beruf», um eine Änderung bei der Finanzierung der Taggeldversicherung bei Mutterschaft und bei der Förderung der Kindertagesstätten zu erreichen. Bei einer Mutterschaft hat eine Frau derzeit nach den gesetzlichen Vorschriften einen Entschädigungsanspruch seitens der Krankenkassen auf Krankentaggeld während 20 Wochen. Der Landtag sprach sich für die Initiative aus, wollte aber trotzdem eine Abstimmung.

«Mit der Änderung der Finanzierung wird eine Schwangerschaft nicht mehr als Krankheit angesehen, sondern als coole Sache für Familien.»

Das heutige Krankentaggeld soll in Zukunft von der FAK getragen werden, von der Familienausgleichskasse. Die Initiative wird den Staatshaushalt nicht zusätzlich belasten. Die Familienausgleichskasse wird über die Einzahlungen der tätigen Unternehmen aufgefüllt und nicht von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

«Die Arbeitgeber finanzieren bereits jetzt die Kinderzulagen, die Geburtszulagen und die Zulagen für Alleinerziehende.»

Ausserdem kann mit der Initiative der Wiedereinstieg in die Berufswelt nach einer Schwangerschaft durch die finanzielle Unterstützung erleichtert werden. Die Wirtschaftskammer ist der Überzeugung, dass damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen gefördert

wird. Neben dem Taggeld bei Mutterschaft zielt die Initiative auch auf eine Änderung der KITA-Förderung ab.

«Die Initiative wird den Wiedereinstieg für Frauen fördern und attraktiver machen.»

Die Kosten für die Tagelder bei Mutterschaft belaufen sich derzeit auf rund 6,5 Mio. Franken. Der Unterstützungsbeitrag für die Kindertagesstätten wird etwa 1,5 Mio. Franken betragen. Die Familienausgleichskasse übernimmt die Kosten von ca. 8 Mio. Franken aus dem Überschuss der Familienausgleichskasse. Der Staat oder Steuerzahler ist finanziell nicht betroffen.



Finanzierung ist gesichert, keine Belastung für den Staat

- Der Staat beteiligt sich mit keinem Franken am Fonds, also keine Kosten für den Staat oder Steuerzahler
- Fondsvermögen 2015: 155 Millionen
- Gesetzlich vorgeschriebene Reserve ist eine Jahresausgabe von derzeit 52 Millionen
- Durch Arbeitgeberanzahlungen ist der Fonds nur wenig börsenabhängig
- Fonds ist 3-fach gefüllt (warum eigentlich?)

- Der FAK-Fonds wird jährlich und ausschliesslich durch Arbeitgeber mit 55 Millionen gefüllt
- Firmen mit längerer Wartezeit der Taggeldversicherung erhalten eine Rückerstattung der Löhne

Vorteile für Familien

- Schwangerschaft ist keine Krankheit mehr
- Krankentaggeldprämie wird bis zu 15% jährlich günstiger und kann nicht willkürlich erhöht werden
- Förderung des Wiedereinstiegs ins Berufsleben von Frauen
- Wirtschaftliche Entlastung der Familien
- Ausgrenzung von Frauen im Arbeitsmarkt wird verhindert
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird endlich gefördert

Nachteile

- Keine

Die Initianten ersuchen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit JA zu stimmen. Damit Schwangerschaft keine Krankheit mehr ist.

- Gunilla Marxer-Kranz (Nendeln), Arnold Matt (Mauren), Jürgen Nigg (Vaduz), Isabell Schädler (Schaan) und Hans-Peter Tschüscher (Schaan)